Detailansicht des Registereintrags

KLUG - Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit

Aktuell seit 17.11.2026 22:22:22

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001068
Ersteintrag:	23.02.2022
Letzte Änderung:	17.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Caroline-Michaelis-Straße 1 10115 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930439706906 E-Mail-Adressen: kontakt@klimawandel-gesundheit.de Webseiten: https://www.klimawandel-gesundheit.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Öffentliche Zuwendungen, Wirtschaftliche Tätigkeit, Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
200.001 bis 210.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
2,38

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. Christian Schulz**
   Funktion: Vorstand
2. **Dr. Matthias Albrecht**
   Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (28):

1. **Sonja Schmalen**
2. **Felix Bittner**
3. **Lea Dohm**
4. **Dr.phil. Marischa Fast**
5. **Dr. Friederike von Gierke**
6. **Johanna Weis**
7. **Jonas Gerke**
8. **Maurizio Bär**
9. **Peter Josiger**
10. **Ulrike Koch**
11. **Saskia Wendt**
12. **Luka Eulberg**
13. **Lea Eggers**
14. **Nicola Arnold**
15. **Dr. Teresa Hollerbach**
16. **Dorothea Baltruks**
17. **Marie Jung**
18. **Stefan Kohlwes**
19. **Miriam Meschede**
20. **Nadia Sinner**
21. **Nicole Stauf**
22. **Lena Tischler**
23. **Pia Rangnow**
24. **Thurid Dikmen-Bahr**

25. **Philine Betker**
26. **Tim Nickels**
27. **Prof. Dr. Christian Schulz**
28. **Dr. Matthias Albrecht**

Gesamtzahl der Mitglieder:
964 Mitglieder am 25.09.2026, davon:
896 natürliche Personen
68 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (4):
1. Klima-Allianz Deutschland
2. The Global Climate and Health Alliance
3. Planetary Health Alliance
4. Euro Health Net

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (24):
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Erneuerbare Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Stadtentwicklung; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Artenschutz /Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Personenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verkehr"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Interessenvertretung im Rahmen gemeinnütziger Tätigkeit entsprechend der Satzungszwecke.

Ziele der Interessenvertretung: Schutz der menschlichen Gesundheit vor den Auswirkungen der Klimakrise, der Biodiversitätskrise sowie weiterer globaler Umweltveränderungen durch Klimaanpassung sowie durch ambitionierte Umweltschutz- und Klimapolitik im Einklang mit den Bestimmungen des Pariser Klimaabkommens (1,5-Grad-Entwicklungspfade). Einsetzen für Maßnahmen in den Bereichen Energie- und Wärmeerzeugung, Verkehr, Luftreinhaltung und Landwirtschaft/Ernährung. Zielvorgaben und konkrete Regelungen zur Senkung der Treibhausgasemissionen und Verbesserung der Umweltbilanz des Gesundheitssektors. Maßnahmen und verbindliche Aktionspläne der Klimaanpassung gegenüber gesundheitlichen Auswirkungen der Klimakrise, insbesondere Maßnahmen im Gesundheitsbereich und in sozialen Einrichtungen. Eintreten für einen besonderen Schutz vulnerabler Gruppen in der

Klimaanpassung. Vertretung des Rechts auf saubere Luft und eine gesunde Umwelt, für gerechte Gesundheitschancen für alle Menschen weltweit sowie für zukünftige Generationen. Einsetzen für verbesserten Arbeitsschutz in Bezug auf gesundheitliche Auswirkungen der Klimakrise und Erweiterung von betrieblichem Gesundheitsmanagement/-gesundheitsförderung um die Dimension Planetary Health. Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung in allen Lebenswelten unter besonderer Berücksichtigung von Co-Benefits zwischen Gesundheitsschutz und Klima-/Umweltschutz. Strategien zur Prävention, besseren Diagnose und Therapie von psychischen Erkrankungen im Zusammenhang mit der Klimakrise und anderen globalen Umweltveränderungen.

Die Interessenvertretung wird ausgeübt durch Stellungnahmen, Informations- und Diskussionsveranstaltungen, öffentliche Briefe sowie durch direkte Gespräche mit Abgeordneten, Mitarbeitenden der Fraktionen bzw. der Abgeordneten sowie mit Mitarbeitenden in den Bundesministerien und mit Expert*innen-Kommissionen. Daneben werden Einladungen zu Anhörungen als Expertinnen und Experten wahrgenommen. Zusätzlich wird gemeinsame Interessenvertretung zu den aufgeführten Themen im Rahmen zivilgesellschaftlicher Bündnisse ausgeübt.

Konkrete Regelungsvorhaben (22)

1. **Hitzeschutz im Baurecht stärken**

   Beschreibung:
   Verankerung von gesundheitlichem Hitzeschutz als Anforderung im Baurecht

   Betroffenes geltendes Recht:
   BBauG [alle RV hierzu]; BauNVO [alle RV hierzu]; PlanzV 90 [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]

2. **Umsetzung der Nationalen Ernährungsstrategie für ein klimagerechtes und gesundes Ernährungssystem**

   Beschreibung:
   Förderung pflanzenbasierter Ernährung zur Verbesserung der Gesundheit und zur Reduktion der ernährungsbedingten Treibhausgasemissionen und anderer Umweltschäden - besonders Förderung pflanzenbasierter Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung; größere Chancengleichheit auf gesunde Ernährungsumgebungen über die gesamte Lebenszeit; Reduktion von Ernährungsarmut; Reduktion von Lebensmittelabfällen

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/10001 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Ernährungsstrategie der Bundesregierung - Gutes Essen für Deutschland
   Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

3. **Starke Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinie zum Schutz der Gesundheit**

Beschreibung:
Wir fordern eine Implementierung strengerer Grenzwerte für Luftschadstoffe aus der EU Luftqualitätsrichtlinie, eine zügige Umsetzung in deutsches Recht, die Bundesregierung soll zudem keine Fristverlängerung für Deutschland beantragen (Ausnahmeregelungen für Mitgliedstaaten in Artikel 18 um 10 Jahre). Die Bundesregierung soll ein konkretes Datum vorschlagen, bis zu dem die Grenzwerte der Luftqualitätsrichtlinie den WHO-Leitlinien angepasst werden müssen. Luftqualitätspläne (Artikel 19, Anhang VIII) müssen als Instrument verpflichtend bleiben. Monitoring und Information der Bevölkerung müssen ausreichend sein.

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchG [alle RV hierzu]; BImSchV 39 [alle RV hierzu]; BImSchV 43 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2409300154** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 08.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2509300045** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 08.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

4. **Integration von Präventions- und Nachhaltigkeitszielen**

Beschreibung:
Gesundheitsförderung und Prävention, wie sie im SGB V beschrieben sind, sollten stärker mit Zielen der ökologischen Nachhaltigkeit abgeglichen werden, etwa in Bezug auf Ernährungsberatung, die sowohl auf gesundheitliche Vorteile als auch auf die Verringerung

des ökologischen Fußabdrucks abzielen sollte. Auch die Schaffung gesunder Lebensumgebungen als Ziel des SGB XI (Pflegeversicherung) kann in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen große positive Nebeneffekte erzielen. Präventive und rehabilitative Maßnahmen und Programme auf Grundlage des Sozialgesetzbuchs sollten wo immer möglich Co-Benefits zwischen Gesundheitsförderung und Umweltschutz erzielen, indem sie mit klar definierten Anforderungen hinsichtlich ökologischer Nachhaltigkeit verknüpft werden.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

5. **Stärkung des ÖGD und Stärkung von Prävention durch die Ausgestaltung des BIÖG**

Beschreibung:
Die Aufgaben und Zuständigkeiten des BIÖG sowie seine Steuerungsfunktionen sollen so ausgestaltet werden, dass der ÖGD gestärkt wird. Prävention soll langfristig durch das Wirken des BIÖG eine Priorität in der Gesundheitsversorgung erhalten. Planetary Health Aspekte sollen in der Arbeit des BIÖG gestärkt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/12790 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Öffentlichen Gesundheit
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

6. **Internationale Kimapolitik**

Beschreibung:
Entsprechend der Declaration on Climate and Health verpflichtet sich die Bundesregierung, Gesundheitsaspekte stärker in der internationalen Klimapolitik zu berücksichtigen. Die Einhaltung umfasst, Gesundheitsaspekten im Rahmen der einschlägigen Prozesse des Pariser Abkommens und der UNFCCC zu berücktsichtlgen aber auch Klimaaspekte in globalen Gesundheitsprogrammen zu verankern, wo dies relevant und angemessen ist. Gesundheit soll ebenso bei der Gestaltung der NDCs (National festgelegte Beiträge) unter der UNFCCC, bei langfristigen Entwicklungsstrategien für niedrige Treibhausgasemissionen, bei nationalen Anpassungsplänen zu berücksichtigen. Zudem soll die Bundesregierung mit anderen Gesundheitsministerien regelmäßig in Austausch zu all diesen Punkten treten.

Betroffenes geltendes Recht:
KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

7. **Klimaanpassung im Arbeitsschutz vollumpfänglich als Aufgabe integrieren**

Beschreibung:
Im Arbeitsschutz muss Klimaanpassung vollumfänglich integriert werden. Arbeitszeitgesetz: Anpassung in Hinblick auf sich verändernde klimatische Bedingungen, insbesondere Hitze, Arbeitsschutzgesetz: Änderungen in Bezug auf klimabedingte Risiken, die sich durch den Klimawandel ändern z.B. Klimaverordnung einführen, Bundesimmissionschutzgesetz in Bezug auf Lärm durch Verlagerung der Arbeitszeiten bei Hitze (Ausweitung der Nicht-Ruhezeiten); ggf. SGB VII hinsichtlich gesetzlicher Unfallversicherung – Klimaschutz und Klimaanpassung sollten integriert werden.

Betroffenes geltendes Recht:
ArbZG [alle RV hierzu]; ArbSchG [alle RV hierzu]; BImSchG [alle RV hierzu]; SGB 7 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

8. **Wirksame Klimaschutzmaßnahmen im Bereich Ernährung**

Beschreibung:
Finanzielle Anreize verändern: Steuern und Subventionen sollten so umgestaltet werden, dass sie eine gesunde und umweltfreundliche Ernährungsweise erleichtern. I Standards in der Gemeinschaftsverpflegung: Schaffung von effektiven Anreizen und verbindlichen Qualitätsstandards für das Verpflegungsangebot. I Ernährung im Gesundheitssektor verankern und stärken: Stärkung von Strukturen und Prozessen im Gesundheitssektor, die das präventive und therapeutische Potential von Ernährung fördern und nutzen – sowohl für die individuelle als auch für die planetare Gesundheit. Grundnahrungsmittel sollten entsprechend der wichtigsten gesunden Lebensmittelgruppen in den DGE-Empfehlungen definiert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/12583 (Vorgang) [alle RV hierzu]
auf die Kleine Anfrage - Drucksache 20/12413 - Mögliche Erhöhung der Mehrwertsteuer bei Fleischprodukten
Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/12110 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Mittagessen - Kostenfrei, gesund und lecker - In allen Schulen und Kitas

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13738 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Grundnahrungsmittel zeitgemäß definieren

Betroffenes geltendes Recht:
UStG 1980 [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]; DRG-EKV 2023 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503270006** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.03.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

9. **Fortführung des Unterausschusses Globale Gesundheit**

Beschreibung:
Der Unterausschuss Globale Gesundheit wurde erstmals in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages im Rahmen des Gesundheitsausschusses eingerichtet. In der 20. Wahlperiode wurde er fortgeführt und deutlich gestärkt – als gemeinsamer Unterausschuss des Ausschusses für Gesundheit und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Globale Gesundheit steht in enger Verbindung mit einer Vielzahl von Themenfeldern und Interdependenzen und ist daher für die meisten Ausschüsse des Deutschen Bundestages sowie für zahlreiche Bundesministerien von wesentlicher Relevanz. Der UA hat bislang einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung zentraler Ziele geleistet und wichtige Entwicklungen vorangebracht, deren konsequente und kontinuierliche Weiterverfolgung erforderlich ist.

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

10. **Aufsetzen eines Klimaschutz-Sofortprogramms um nationale und internationale Klimaziele zu erreichen**

Beschreibung:
Ein umfassendes Klimaschutzsofortprogramm zur Einhaltung der gesetzlich verankerten Klimaschutzziele muss vorgelegt werden, um die menschliche Gesundheit in Deutschland vor Klimafolgen zu schützen. Vorausschauender und nachhaltiger gesundheitlicher Hitzeschutz beginnt mit der langfristigen Eindämmung der Klimakrise. Deutschland ist verfassungsrechtlich und durch internationale Abkommen verpflichtet, das Klima und damit die Menschen zu schützen. Deutschland befindet sich jedoch noch nicht auf Kurs. Für einen gesundheitsförderlichen und sozial gerechten Klimaschutz sind entschlossene Maßnahmen

notwendig. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommt und ein gesundheitsförderliches, langfristiges und sozial gerechtes Klimaschutzprogramm vorlegt.

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]

11. **Integration von Hitzeschutz als Aufgabe im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz**

Beschreibung:
Hitze muss als zentrale Herausforderung im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz integriert werden.
Insbesondere der Schutz und die Reaktionsfähigkeit des Gesundheitssystems bei entsprechenden Gefahrenlagen muss durch die Bundesländer in den Katastrophenschutz integriert werden. Dazu gehören die schnelle und flexible Anpassung der Versorgung in Krisen- und Katastrophensituationen, die Verbesserung der Reichweite von Warnmeldungen, die Verbesserung des Kenntnisstandes der Bevölkerung über extremwetterbedingte Gesundheitsgefahren sowie Präventions- und Schutzmöglichkeiten. Die Umsetzung eines Katastrophen- und Hitzeschutzes, der Schwangere, Neugeborene und Kinder mitdenkt: Beispielsweise durch die Schaffung gesonderter Schutzräume für Frauen und Familien mit hohen hygienischen Standards.

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509300043** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.05.2025 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

12. **Sektorenübergreifende Gesamtstrategie für gesundheitlichen Hitzeschutz**

Beschreibung:
Gesundheitlicher Hitzeschutz betrifft nicht nur den Gesundheits- und Pflegesektor, sondern viele Bereiche des täglichen Lebens – von der Kita über die Schule und den Arbeitsplatz bis hin zum Sportverein. Deshalb ist es notwendig, den Hitzeschutzplan für Gesundheit des Bundesministeriums für Gesundheit https://www.bundesgesundheitsministerium.de /fileadmin/Dateien/3_Downloads/H/Hitzeschutzplan/BMG_Hitzeschutzplan.pdf zu einer ebenen- und sektorenübergreifenden Gesamtstrategie für gesundheitlichen Hitzeschutz weiterzuentwickeln. Auch der gesetzliche Regelungsrahmen für gesundheitlichen Hitzeschutz muss sektorenübergreifend bewertet und kohärent angepasst werden.

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

13. **Kommunalen Hitzeschutz durch Bundesmittel stärken**

Beschreibung:
Die Entwicklung, Umsetzung und Anpassung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit muss als verbindlicher Teil der Klimaanpassungskonzepte als kommunale Aufgabe gesetzlich verankert werden. Damit kommunale Hitzeaktionspläne wirkungsvoll umgesetzt werden können, bedarf es der finanziellen und personellen Unterstützung der Kommunen durch die Länder und den Bund sowie umsetzungsorientierter Vernetzungs- und Beratungsangebote. Der öffentliche Gesundheitsdienst kann hierbei als Knotenpunkt und steuernde Einheit wirken.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2063 (Vorgang) [alle RV hierzu]
zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 21/600, 21/602, 21/2669 Nr. 1 - Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

14. **Nationale Strategie zum Schutz vor Hitzedom-Ereignissen**

Beschreibung:
Trotz wachsender globaler Hitzekatastrophen bleibt Deutschland unzureichend auf extreme Hitzeereignisse – insbesondere sogenannte „Hitzedome“ – vorbereitet. Bei einem Hitzedom bildet eine besonders stark ausgeprägte Hochdruckzone in der Atmosphäre eine „Kuppel“, die die Hitze über einem bestimmten Gebiet einschließt. In der hiesigen Risiko- und Katastrophenplanung sind sie dennoch bisher kaum berücksichtigt. Extreme Hitzewellen müssen als Naturkatastrophen definiert werden, um rechtlich wie organisatorisch den Weg für angemessene Schutzmaßnahmen freizugeben. Im Katastrophenfall könnten beispielsweise Krisenstäbe aktiviert werden. Es braucht eine ressortübergreifende Zusammenarbeit von Gesundheits-, Umwelt- und Innenministerium, DWD, Katastrophenschutzbehörden und kommunalen Trägern.

Betroffenes geltendes Recht:
ZSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606300372** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

15. **Überarbeitung der Ökodesign-Verordnungen zum Schutz der Gesundheit**

Beschreibung:
Die Verordnungen 2015/1189, 2015/1187 und 2015/1189 basierend auf der EU-Ökodesign-Richtlinie müssen nach der Überarbeitung der Richtlinie 2024 dringend angepasst werden. Für die Verbrennung solider Brennstoffe (Biomasse, Kohle) müssen strengere Grenzwerte für Schadstoffe gelten, um die Gesundheit aller Menschen in Europa zu schützen.

Interessenbereiche:
Immissionsschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509300111** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.05.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

16. **Gesundheitsfördernde Gebäude und Städteplanung**

Beschreibung:
Gebäude sollten energieeffizient und emissionsarm sein und durch gute Belüftung, natürliches Licht, thermischen Komfort und klimagerechte Merkmale, die Hitzestress und Umweltverschmutzung reduzieren, die Gesundheit unterstützen.
Die Aktivierung und Wiederverwendung leerstehender Gebäude reduziert die Zersiedelung und Emissionen und schafft gleichzeitig Wohnraum, Dienstleistungen und Gemeinschaftsräume, die das soziale Wohlergehen und gesündere Nachbarschaften fördern.
Die Erhaltung offener und grüner Korridore ermöglicht die Luftzirkulation, verbessert die Luftqualität, reduziert die städtische Hitze und senkt die Gesundheitsrisiken während Hitzewellen.
Zirkuläre und resiliente Planung reduziert den Ressourcenverbrauch und Abfall.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung
Datum des Referentenentwurfs: 04.09.2024
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]

17. **Verbot des privaten Gebrauchs von Pyrotechnik und Feuerwerk zu Silvester**

Beschreibung:
Verbot des privaten Kaufs und Gebrauchs von Pyrotechnik zu Silvester. § 22 Abs. 1 Satz 1 – „Pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 dürfen dem Verbraucher im Jahr 2021 nicht und in anderen Jahren nur in der Zeit vom 29. bis 31. Dezember überlassen werden; ist einer der genannten Tage ein Sonntag, ist ein Überlassen bereits ab dem 28. Dezember zulässig“ und § 23 Abs. 2 Satz 2 – „Am 31. Dezember und 1. Januar dürfen sie auch von Personen abgebrannt werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben“ streichen.

Betroffenes geltendes Recht:
SprengV 1 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2601060002** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.01.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

18. **Herstellerabgabe auf Süßgetränke**

Beschreibung:
Das Ziel ist die Unterstützung des Bundeskanzlers beziehungsweise der Bundesregierung für die Einführung einer nach dem Zuckergehalt gestaffelte Herstellerabgabe auf Süßgetränke.

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603300017** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.02.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

19. **Nationale Pharma-Strategie**

Beschreibung:

Das strategische Eckpunktepapier des Bundesgesundheitsministeriums soll ergänzt werden um klare Klima- und Nachhaltigkeitsziele speziell für die Herstellung, Verwendung und Entsorgung von Arzneimitteln

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

20. **Novellierung der Approbationsordnungen für Ärzt:innen, Apotheker:innen u.a.**

Beschreibung:
In den zu novellierenden Approbationsordnungen für Ärzt:innen, Apotheker:innen, Psychotherapeut:innen und Zahnärzt:innen sollen Nachhaltigkeitsthemen und Planetary Health als Querschnittsthemen in allen relevanten Fachbereichen integriert und damit langfristig in der Ausbildung von Mediziner:innen und Therapeut:innen verankert werden

Betroffenes geltendes Recht:
ÄApprO 2002 [alle RV hierzu]; AAppO [alle RV hierzu]; PsychThApprO [alle RV hierzu]; ZApprO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

21. **Umsetzung EU-Kommunalabwasserrichtlinie**

Beschreibung:
Bei der Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie in deutsches Recht soll einer erweiterten Herstellerverantwortung Rechnung getragen werden. Die Ausgestaltung der Herstellerbeiträge soll gestaffelt nach Gefährlichkeit/Substituierbarkeit erfolgen; zudem soll eine Mitfinanzierung für essenzielle/generische Arzneimittel umgesetzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
WHG 2009 [alle RV hierzu]; AbwAG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arzneimittel [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

22. **Hitzeschutz finanziell absichern und gerecht gestalten**

Beschreibung:
Hitzeschutz muss finanziell abgesichert sein, damit Kommunen und Einrichtungen wirksame Maßnahmen umsetzen können. Deshalb sollte das Förderprogramm "Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen" des Umweltministeriums unbedingt fortgesetzt werden. Außerdem sollten Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Rehakliniken, Medizinische Versorgungszentren und andere Gesundheitseinrichtungen mit den finanziellen Mitteln für investive Hitzeschutzmaßnahmen ausgestattet werden. Dem Mehraufwand von Gesundheits- und sozialen Einrichtungen bei der Umsetzung von Hitzeschutz sollte in Zukunft Rechnung getragen werden. Ökologische Nachhaltigkeit ist daher als übergreifendes Ziel im Sozialrecht zu verankern. Desweiteren sollte allen Kommunen ausreichende Finanzierung für Hitzeschutz bereitgestellt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2609300083** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.09.2026 an:

   Bundesregierung

   Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

2. **SG2610010049** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.09.2026 an:

   Bundestag

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (5):

1. **Umweltbundesamt**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Dessau
   Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
   Förderung im Rahmen der Verbändeförderung, Förderkennzeichen 372522V437

2. **Bundesgesundheitsministerium**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin/Bonn
   Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
   Förderung des Verbundprojektes HOT-BW Hitzeaktionsplan Oeffentlicher Gesundheitsdienst Baden-Württemberg zur Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, Aktenzeichen ZMI5-2523SGW00U

3. **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro
   Projektförderung für das Verbundprojekt BBNE-PfleGe (Akronym): Praxisanleitende in Pflege- und Gesundheitsberufen als Schlüsselpersonen für BBNE. FKZ 66NIB11501, Programm Nachhaltig im Beruf - Umsetzungsprojekte

4. **Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesauschuss**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro
   Durchführung des Projekts "HIRGEV - Hitzeresiliente Gesundheitsversorgung: Integrierte Daten für die Versorgungspraxis und -planung für aktuelle und zukünftige Generationen": HIRGEV soll die gesundheitlichen Auswirkungen von Hitzewellen auf die Bevölkerungsgesundheit und das Versorgungssystem sowohl retrospektiv als auch prospektiv bis 2100 in hoher räumlicher Auflösung modellieren, daraus aktuelle und künftige Bedarfe für Regionen und Bevölkerungsgruppen ableiten und die Ergebnisse im Kontext multipler Krisen und im Sinne der strategischen und strukturellen Vorbereitung

diskutieren. Die Konsortialführung liegt bei der Universität Bayreuth, die die Mittel entsprechend der Aufgabenumsetzung an KLUG weitergibt. Weiterleitungsvertrag mit Fördermittelnehmer Universität Beyreuth unter KZ 01VSF23020

5. **Bundesministerium für Arbeit und Soziales**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 300.001 bis 310.000 Euro
   KLUG ist Konsortialpartner der gsub im Projekt "Arbeit: Sicher und Gesund im Klimawandel" (ASUG-Klima). Ziel ist es, auf der Basis einer Analyse gemeinsam mit Akteuren der Arbeitswelt Lösungsansätze und -wege für ein sicheres, gesundes und menschengerechtes Arbeiten im Klimawandel jetzt und in der Zukunft zu erarbeiten. Dazu gehören relevante Rahmenbedingungen vor allem im Arbeitsschutz und im Betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM), wie z.B. wirksame Gestaltungsstrategien und -konzepte (auch im Sinne von gute Praxisbeispiele), Gestaltung der Arbeitskultur und -organisation sowie geeignete Kommunikationsformate. Diese Lösungswege sollen interdisziplinär und dialogisch erarbeitet und in Pilotvorhaben mit ausgewählten Betrieben erprobt und evaluiert werden. https://www.arbeit-sicher-und-gesund.de/themen/klimawandel/aktivitaeten/sichere-und-gesunde-arbeit-in-zeiten-des-klimawandels

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
1.400.001 bis 1.410.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. **Stiftung Mercator**
   Betrag: 420.001 bis 430.000 Euro
   Projektförderungen für zwei Projekte (mehrjährig, in 2025 abgeschlossen) und institutionelle Förderung (nach Abschluss der beiden Projekte 2025 gestartet)

2. **GLS Treuhand Dachstiftung für individuelles Schenken**
   Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro
   Zuwendung aus dem Stiftungsfonds "sozial-ökologische Transformation" zur Unterstützung der laufenden Arbeit.

3. **Barmer Ersatzkasse**
   Betrag: 300.001 bis 310.000 Euro
   Zuwendungen für die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen von Präventionsvereinbarungen, Themen: Entwicklung und Umsetzung von Weiterbildungsformaten und Qualitätsstandards zur Integration der Planetary Health Perspektive in Aktivitäten der Prävention und Gesundheitsförderung; Entwicklung,

Erprobung und Evaluation von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention in teilstationärer Pflege im Kontext planetarer Gesundheit im Quartier; Gemeinschaft Erleben - Mental gestärkt, selbstwirksam und klimaresilient durch Selbsthilfe

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
180.001 bis 190.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

R001068-Jahresabschluss-2025.pdf